

# Trump droht der Schweiz erneut mit höheren Zöllen

*Der amerikanische Präsident kritisiert einmal mehr das Handelsbilanzdefizit – Wirtschaftsverbände wehren sich*

JÜRIG MEIER

US-Präsident Donald Trump lässt nicht von der Schweiz ab. In einem Interview mit einem TV-Sender kündigte er am Dienstag an, er wolle die Zölle für das Land erhöhen. Die Schweiz bezeichnet er im Gespräch als einen von mehreren kleinen «Elite-Staaten». Zur Elite würden sie aber nicht zählen, weil sie wirtschaftlich erfolgreicher seien als die USA, sondern weil sie es schafften, jedes Jahr Milliarden von Dollar aus dem amerikanischen Markt herauszuholen. Mit seinen Zöllen habe er dieser Ungerechtigkeit einen Riegel vorgeschoben, sagt Trump weiter. Doch bei der Schweiz reiche das noch nicht. Die Schweizer präsentierten sich gern als «klein und brillant», sagt er. In Wahrheit seien sie aber vor allem aus einem Grund brillant: weil sie den USA «fast nichts» entrichteten.

Die Schweiz gehöre zu jenen Staaten, gegenüber denen die USA ein grosses Handelsbilanzdefizit hätten. Inzwischen bezahle das Land zwar «ein bisschen», fügte Trump an, doch das sei bei weitem nicht genug. Man werde diese Zahlungen erhöhen – die Schweiz solle künftig deutlich mehr an die USA abführen.

Trump stellt die Schweiz damit in eine Reihe mit anderen kleineren europäischen Ländern, die aus seiner Sicht zu stark von der amerikanischen Offenheit profitieren. Als er ihnen höhere Zölle auferlegt habe, hätten sie lautstark protestiert und sich plötzlich auf ihre Kleinheit berufen, sagte Trump weiter. Die USA dürften sich nun aber nicht länger «aussaugen» lassen. Seine Botschaft an die Schweiz ist klar: Die bisherigen Zölle betrachtet er nur als Anfang, weitere stellt er ausdrücklich in Aussicht.

## «Noch nicht ausgestanden»

Die gegenwärtige Rechtsgrundlage für die 10-Prozent-Zölle läuft am 24. Juli aus. Bis dahin hofft der Bundesrat, mit den USA einen Deal abzuschliessen zu können, andernfalls drohen neue Strafmassnahmen. Bereits hat Washington zwei Untersuchungen wegen unlauterer Handelspraktiken unter anderem gegen die Schweiz eröffnet. Auf Basis der Ergebnisse könnten die USA die Zölle auf eine neue rechtliche Grundlage stellen und wieder anheben.



Die Uhrenindustrie ist eine der Branchen, die am stärksten von höheren Zöllen betroffen wären.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Für die Schweizer Exportwirtschaft steht viel auf dem Spiel, etwa für die Uhrenbranche. Die USA sind für sie ein enorm wichtiger Absatzmarkt. Yves Bugmann, Präsident des Verbandes der Schweizerischen Uhrenindustrie (FH), mahnt trotz Trumps neuester Drohung zur Besonnenheit. Er ist sich bewusst, dass der rechtliche Erfolg vor dem Supreme Court nur ein Etappensieg war. «Uns ist klar, dass die Sache noch nicht ausgestanden ist und dass die Schweiz weiterhin unter Beobachtung der USA steht», sagt Bugmann. Man habe gemeinsam mit dem Bundesrat weiterhin ein grosses Interesse daran, eine Verhandlungslösung mit Washington zu finden, die im Sinne beider Seiten sei.

Bugmann setzt dabei auch auf die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den beiden Ländern. Nicht nur die Schweiz profitiere von den Handelsbeziehungen zu den USA. «Die Schweiz

ist schliesslich auch für die USA ein wichtiger Handelspartner.»

## Keine Gründe für höhere Zölle

Hart von höheren Zöllen getroffen würde auch die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Laut Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor des Industrieverbandes Swissmem, sind solche jedoch aus einer Reihe von Gründen unangebracht. Im Gegensatz zu anderen Ländern verzichte die Schweiz darauf, ihre eigene Industrie mit Schutzzöllen abzuschirmen. Das Land betreibe ausserdem auch keine Industriepolitik, die mittels Subventionen künstliche Überkapazitäten schafft. Damit kontert Kohl den US-Vorwurf, die Schweiz folge der Praxis von Ländern wie China, die mittels staatlicher Zuschüsse neue Industrien aufbauen, welche ihre Produkte in die ganze Welt exportieren.

Schliesslich verweist Kohl auf die im Vergleich zu den USA deutlich höheren Arbeitskosten. Wer also am Hochpreisstandort Schweiz produziert, hat gar keine Chance, andere Märkte mittels Preisdumping zu erobern. Es bleibt nur der Weg über herausragende Technologie und Qualität – also das Gegenteil jener Praktiken, die Washington in seinen im März gestarteten Untersuchungen kritisiert.

Ein weiteres Argument gegen höhere Zölle liefert Scienceindustries, der Verband der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Gemäss Aussenhandelsstatistik beläuft sich das von Donald Trump so lautstark kritisierte Handelsbilanzdefizit für das erste Quartal auf 6,54 Milliarden Franken, so Erik Jandrasits, der Leiter Aussenhandel. Im letzten Quartal des Jahres 2025 lag es mit 8,39 Milliarden Franken noch deutlich höher. «Hochgerechnet auf das Jahr ergäbe sich für den

Warenverkehr also ein signifikant tieferes US-Handelsbilanzdefizit», sagt er. Allerdings ist offen, ob dieses Argument bei Trump verfängt. Unklar ist auch, wie sich neue Zölle auf die Pharma- und Chemiebranche auswirken würden. «Die neuen Untersuchungen können grundsätzlich alle Sektoren betreffen», warnt Jandrasits. Zwar haben Mitgliedfirmen von Scienceindustries milliardenhohe Investitionen in den USA angekündigt. Ob das die Unternehmen oder die Branche insgesamt vor neuen Zöllen schützt, «können wir in der sehr volatilen Situation nicht beurteilen», sagt Jandrasits.

## In konstruktiver Phase

In Bern reagiert man mit Zurückhaltung auf Trumps neuesten Angriff. Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) lässt auf Anfrage verlauten, man nehme die Aussagen Trumps zur Kenntnis, halte aber am eingeschlagenen Kurs fest. Laut Sprecher Markus Spörndli befinden sich die Verhandlungen in einer konstruktiven Phase. Man habe Fortschritte erzielt, die dem im Herbst vereinbarten Fahrplan entsprächen. Die Schweiz strebe ein Abkommen an, das die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern dauerhaft regle.

Derzeit werden Schweizer Waren in den USA mit einem zusätzlichen Zoll von in der Regel 10 Prozent belegt. Da dieser Aufschlag zu den bereits bestehenden regulären Zollsätzen hinzugefügt wird, ergibt sich für viele Exportgüter eine Gesamtbelastung von rund 15 Prozent. Diese Regelung ersetzt die politische Absichtserklärung vom November 2025. Damals hatten sich beide Länder darauf geeinigt, die ursprünglichen Strafzölle von 39 Prozent auf pauschale 15 Prozent zu senken – ein Kompromiss, der jedoch nach einem Supreme-Court-Urteil im Februar seine rechtliche Basis verlor.

Die ursprünglich auf Notrecht gestützten Zölle musste Trump nach einem Urteil des Supreme Court und nach einem weiteren Entscheid des US-Handelsgerichts nicht nur zurücknehmen, sondern teilweise auch zurückbezahlen. Anfang dieser Woche hat die Zollbehörde ein Online-System aufgeschaltet und damit den technischen Rückerstattungsprozess für jene Zölle gestartet, die die Gerichte als unzulässig erklärt haben.